

14/SN-136/ME

PRÄSIDENTENKONFERENZ DER LANDWIRTSCHAFTSKAMMERN ÖSTERREICHS

Wien I., Löwelstraße 12

Postfach 124 1014 Wien

Telefon 63 07 41, 63 77 31 Fernschreiber 13/6451

A. Z.: R-385/R

Betreff:

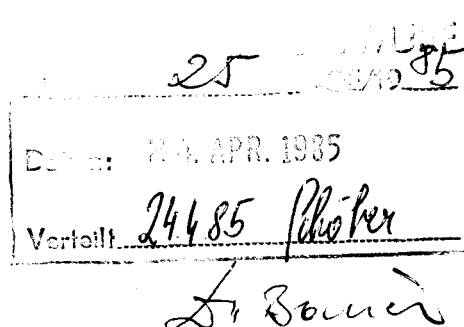
Es wird ersucht, bei Antwortschreiben das
Aktenzeichen anzugeben.

Zum Schreiben vom

A. Z.:

Wien, am 17. April 1985

An das
Präsidium des Nationalrates
Parlament
1010 Wien



Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes
über eine Amnestie aus Anlaß
der vierzigsten Wiederkehr
des Tages, an dem die Unab-
hängigkeit Österreichs wieder-
hergestellt wurde, und der
dreißigsten Wiederkehr des
Tages, an dem der österrei-
chische Staatsvertrag unter-
zeichnet wurde (Amnestie 1985).

Die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Öster-
reichs übermittelt in der Anlage 25 Exemplare ihrer Stellung-
nahme zu dem im Betreff genannten Entwurf.

Für den Generalsekretär:

*Stroman*25 Beilagen

**PRÄSIDENTENKONFERENZ
DER LANDWIRTSCHAFTSKAMMERN
ÖSTERREICHS**

ABSCHRIFT

17.4.1985

Wien, am
Wien I., Löwelstraße 12, Postfach 124 1014 Wien
Telefon 63 07 41, 63 77 31, Fernschreiber 13/5451

G.Z.: R-385/R
z.Schr.v.: 18.3.1985
G.Z.: 624 006/3-II 1/85

An das
Bundesministerium für Justiz

Museumstraße 7
Postfach 63
1016 Wien

Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes
über eine Amnestie aus Anlaß
der vierzigsten Wiederkehr
des Tages, an dem die Unab-
hängigkeit Österreichs wieder-
hergestellt wurde, und der
dreißigsten Wiederkehr des
Tages, an dem der österrei-
chische Staatsvertrag unter-
zeichnet wurde (Amnestie 1985).

Die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs beehrt sich, dem Bundesministerium für Justiz mitzuteilen, daß sie den vorliegenden Entwurf eines Amnestiegesetzes 1985 insoweit ablehnt, als er - anders als die vergleichbaren Amnestien 1955, 1965 und 1975 - nicht nur eine eingeschränkte Strafnachsicht, sondern darüber hinaus eine "Einstellungsamnestie" umfaßt, die sich auch auf relativ kurz zurückliegende Straftaten erstrecken soll. Für eine derartige Regelung fehlt nicht nur jede sachliche Rechtfertigung, gegen sie sprechen auch verfassungsrechtliche Bedenken. Aus Art.93 B-VG ist nach herrschender Lehre zu schließen, daß der Gesetzgeber nicht befugt ist, durch einen Akt der Gesetzgebung die Entscheidung eines konkreten bei einem Gericht anhängigen Strafverfahrens unmöglich zu machen (so Klecatsky-Morscher, Bundesverfassungsrecht, 3.Auflage 1982, 459).

- - - - -

- 2 -

Das Präsidium des Nationalrates wird von dieser Stellungnahme durch Übersendung von 25 Abzügen in Kenntnis gesetzt.

Der Präsident:

gen. Ing. Dörfler

Der Generalsekretär:

Dr. B. Kersch